

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

250 000 gegen TTIP: Berlin hat Mut gemacht

Die Medien staunten: aus ihrer Sicht mehr als 150.000 Menschen, „unerwartet - laut - bunt“, so einige Überschriften, waren nach Berlin zur Demo und zu den Kundgebungen gekommen. Die Veranstalter im Bündnis erlebten etwas, was so auch in der außerparlamentarischen Bewegung eher eine Seltenheit ist: statt der erwarteten 50.000 mehr als 250.000! Der Stern veröffentlichte, die Mehrheit der Bevölkerung sei gegen TTIP. Auch bei dem CDU - orientierten Teil sei es fast die Hälfte der Befragten, und im sozialdemokratisch orientierten Umfeld seien fast 2/3 der Befragten gegen Freihandelsabkommen dieses Inhaltes.

In kurzer Zeit wurde, auch mit Hilfe der neuen Medien, durch Information, Aufklärung, Diskussion und Aktionsorientierung eine beachtliche Wirkung erzielt. Der Pro-TTIP-Propaganda von Regierenden, wie Vizekanzler Gabriels Großanzeigen, und mancher Medien wurde erfolgreich entgegengewirkt. Die regierenden Parteien und die politisch mächtigen Konzerne und Banken haben damit zunächst eine deutliche Niederlage erlitten.

Was sind einige Ursachen dafür?

Nach der Bankenkrise und den anderen Erscheinungen der Großen Krise wächst die Besorgnis über die herrschende Politik im Interesse der transnationalen Konzerne. Die Erfahrung zeigt ja, daß Versprechungen für eine glückliche sorgenfreie Zukunft der Bevölkerung oft nur vergiftete Köder sind für neue Grausamkeiten in den sozialen, demokratischen, ökologischen, moralischen und gesellschaftspolitischen Lebensbedingungen. Das Vertrauen in Regierungen, tragende Parteien und Massenmedien

verändert sich zu deren Nachteil. Nicht zuletzt die Kriege, soziale Ungerechtigkeiten, das Flüchtlingseleid, die ökologischen Katastrophen und die Tatsache der überwachungsstaatlichen Strukturen erzeugen Ablehnung und auch Widerstand. Die Gegenkräfte sind infolge vieler



Erfahrungen z.B. in der Arbeiterbewegung, in der Sozialforenbewegung, den Aktionen gegen G8/G7, der Friedens-, Demokratie- und Umweltbewegung und der internationalen Aktivitäten von Blockupy bereit zu Bündnissen und zu gesellschaftlichen Allianzen, die ein beachtliches Potential mobilisieren können.

Dies ist allerdings keine selbstverständliche, gleichbleibend positive Entwicklung. Sie ist aber tendenziell heute schon zur Formierung von Mehrheitspositionen in der Bevölkerung fähig, z.B. in Ablehnung der Freihandelsabkommen, aber auch gegen Kriegsbeteiligungen der Bundeswehr,

zu der Tatsache, daß es in der BRD nicht gerecht zugeht und zu der bisher noch mehrheitlichen positiven Einstellung zu Zuwanderung und Asyl.

Zumindest in einigen Regionen gelingt es, den antifaschistischen Konsens so zu entwickeln, daß er das politische Klima bestimmt. Voraussetzung dafür war und ist die positive Entwicklung von politischen Standpunkten in der Gewerkschaftsbewegung. Umgekehrt hat auch die Tendenz zu mehr Engagement in der Bevölkerung das gesellschaftspolitische Engagement der DGB Gewerkschaften beeinflusst und gefördert.

Internationale Entwicklungen beeinflussen sich ebenfalls oft auch gegenseitig. Sie wirken stimulierend auch durch schnelle Informationen und Kommunikationsmöglichkeiten. Sie sind viel eher präsent, helfen in der analytischen Tätigkeit und wirken objektiv politisch mobilisierend.

In der Griechenland-Solidarität hat dies leider noch viel zu wenig gegriffen, aber die in diesem Zusammenhang gesammelten Erfahrungen sind bei kluger Auswertung durchaus in Zukunft nutzbar für eine neue übernationale Bewegung zur Unterstützung von Kämpfen.

Erste Reaktionen in Berlin und Brüssel zeigen das der Protest angekommen ist. Spannend bleibt und wird wie notwendige Konflikte in sozialdemokratischen Parteien und bisher sozialdemokratisch dominierten Organisationen und Bewegungen sich weiter entwickeln werden.

Die Aktionen gegen TTIP, CETA und TISA haben insbesondere bei der Großdemonstration in Berlin sicht-

und hörbar eine beachtliche antimonetaristische Ausrichtung. Die Bedrohungen durch die Freihandelsabkommen richten sich vor allen Dingen gegen Arbeiterklasse, Bauern und Selbständige, aber zunehmend auch gegen den Mittelstand, den Handel und die Kleinbourgeoisie. Die daraus entstehenden Probleme und Gefahren werden thematisiert, auch weil erlebte Erfahrungen verunsichern und zu neuem Nachdenken und zu neuen Positionierungen führen.

Diese Feststellung darf nicht übersehen, daß dies allerdings auch zu gefährlichen Rechtstendenzen und zur Stärkung neofaschistischer und ausländergefeindlicher Gruppierungen und deren Aktivitäten beitragen kann. Wir sollten dies angesichts dieser latenten Gefahr weiterer Formierungen rechter und faschistischer Kräfte nicht unterschätzen. Sie versuchen sich als Kräfte zu profilieren die TTIP abzulehnen, aber sie bedienen dabei plumpe gefährliche nationalistische Parolen. Objektiv erfüllen sie die Aufgabe, vom Inhalt der wahren Bedrohungen durch Freihandelsabkommen abzulenken, die Bewegung zu spalten und zu diskreditieren.

Es ist vor allem auch Aufgabe marxistischer Politik, diese Zusammenhänge zu reflektieren, sie öffentlich zu machen und zu verhindern das Reaktionäre, Ausländerfeinde und Neonazis Protest missbrauchen. Die gelungene Großdemonstration kann stimulierende Wirkungen für längst notwendige breite gesellschaftspolitische Bewegungen und Allianzen haben und muß jetzt vor allem vor Ort in Betrieben, Stadtteilen und Regionen wachsen.

Der DGB Vorsitzende Hoffmann nannte Brüssel als möglichen Ort nächster, zentraler, EU-weiter Aktionen. Das ist ein guter Vorschlag, er sollte aufgegriffen werden und zu Aktivitäten vor Ort beitragen. Besonders der große Anteil junger Menschen in Berlin ist eine Ermutigung für neue Großaktionen, die Mobilität, Begeisterung und weiterer Politisierung bedürfen.

Berlin hat Mut gemacht, ohne Illusionen, ohne die großen Probleme und Schwierigkeiten zu übersehen, die nächsten Aufgaben anzupacken.

Es gibt genügend berechtigte Zweifel, Bedenken und Ängste. Sie zu übersehen wäre fahrlässig. Es gibt aber auch neue Chancen. Sie nicht zu nutzen wäre politisch verantwortungslos.

Heinz Stehr

„Ich kann gar nicht so viel fressen wie ich kotzen möchte“ (Kurt Tucholsky)

Nazis und Rechtsradikale aller Schattierungen, NPD, Kameradschaften für das Grobe, PEGIDA, AfD und CSU können sich entspannt zurücklehnen und ihren Erfolg feiern. Es lohnt sich, Flüchtlingsunterkünfte anzuzünden und zu Pogromen und Angriffen auf Flüchtlinge und deren Unterstützern anzustacheln. Dazu eine Medienlandschaft in der jeden Tag von der „Flüchtlingsschwemme“, „Flüchtlingswelle“ usw. die Rede ist. Es werden ständig „besorgte Bürger“ herbeigeschwafelt, die um den Wert ihrer Immobilien und die Unschuld ihrer Töchter bangen. Dabei hat wohl so mancher Flüchtlingsfreund darüber nachgedacht, nun doch noch ein „Merkel-Anhänger“ zu werden, weil unsere Bundesmutter seit Wochen von der CSU und rechten CDU-Leuten massiv unter Druck gesetzt wird. Der Landesvorsitzende der CDU Schleswig-Holstein, Ingbert Liebert, hat mit seiner zynischen Forderung nach einer „Verabschiedungskultur“ hier ein trauriges Highlight gesetzt. Es gibt den bayerischen Stammtisch also auch im hohen Norden.

Aber jetzt ist die Welt für Nazis wieder in Ordnung. Linke und andere Menschen- und Flüchtlingsfreunde brauchen nun doch nicht zu Merkel-Sympathisanten werden, denn nach dem Bundestag hat am 16. Oktober 2015 auch der Bundesrat mit den Stimmen von rot-grün geführten Ländern – leider auch Schleswig-Holstein – dem „Asylbeschleunigungsgesetz“, welches de facto ein Integrationsverweigerungsgesetz ist (Flüchtlingsrat SH und Pro Asyl), zugestimmt.

Nun sind praktisch alle Balkan-Staaten zu „sicheren Herkunftsländern“ erklärt worden. Das die meisten Romaflüchtlinge dort nach Berichten von Amnesty, pro Asyl und der UNHCR (Flüchtlingsrat der UN) schwer diskriminiert werden und deren Anerkennungsquote in der Schweiz und in Frankreich bei 30 bis 40% liegt, interessiert nicht. Man will nun verfassungswidrig Flüchtlinge schon bei der Erstaufnahme selektieren und ihnen de facto das rechtmäßig zustehende individuelle Asylverfahren verwehren. Auch Leistungskürzungen sowie Sachleistungen für Flüchtlinge sind bereits 2012 vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich untersagt worden. Sehr gute Informationen dazu

gibt es im Internet bei Pro Asyl und dem Flüchtlingsrat SH.

Weltweit gibt es z. Z. ca. 60 Mio. Flüchtlinge. Sie fliehen häufig vor Kriegen und Bürgerkriegen, die meistens von den westlichen Industriestaaten – auch Deutschland – angezettelt worden sind. Die deutsche Rüstungsindustrie verdient gut am Geschäft mit dem Tod. Die EU hat unter deutscher Führung fast allen afrikanischen Staaten Freihandelsabkommen aufgezwungen, die dazu geführt haben, dass Westafrika mit hochsubventionierten Agrarabfällen überschwemmt wird und die heimischen Märkte dort praktisch zusammengebrochen sind.

Von den 60 Mio. Flüchtlingen sind ca. 40 Mio. Inlandsflüchtlinge. Nur ca. 20 Mio. überschreiten die Landesgrenzen und suchen meistens in den Nachbarländern Zuflucht. Der Libanon hat bei einer Gesamtbevölkerung von 4 Mio. Einwohnern ca. 1,2 Mio. Flüchtlinge aufgenommen; Jordanien ca. 0,6 Mio. und die Türkei ca. 2,3 Mio. Dieser NATO-Partner Türkei unter Führung von Erdogan und Davutoglu, der den IS hochgepöppelt hat und jetzt deren einzigen ernsthaften Gegner, nämlich die kurdische PKK bombardiert, bekommt aus Berlin und Brüssel ein Milliarden Geschenk um noch mehr Flüchtlinge unter unmenschlichen Bedingungen in Zeltlagern unterzubringen.

Europa mit seinen 505 Mio. Einwohnern soll unter deutscher Führung nicht in der Lage sein die erwarteten 1 bis 1,2 Mio. Flüchtlinge aufzunehmen? Selbst wenn das noch zwei bis drei Jahre so weiter geht, würde Europa nicht einmal 1% der Gesamtbevölkerung an Flüchtlingen haben. Eine geradezu lächerliche Zahl angesichts der deutschen und der europäischen Wirtschaftskraft. Natürlich ist die Lage an vielen Orten z. Z. äußerst angespannt. Das ist aber nur deshalb so, weil die politisch Verantwortlichen die Lage völlig unterschätzt haben und auch weil der soziale Wohnungsbau seit vielen Jahren brach liegt. Wir brauchen Wohnungen und Arbeitsplätze für Deutsche und Flüchtlinge und ein menschenfreundliches, verfassungskonformes Asylrecht.

Jürgen Prade
Mitglied im FK Asyl Bordschholm

Aufrüstung für den Cyberkrieg

Aus Anlaß des Antikriegstages 1. September trafen sich am Sonntag vorher Mitglieder der Deutschen Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen, der Partei Die LINKE und der Deutschen Kommunistischen Partei vor dem Fliegerhorst Jagel, um gegen die Aufrüstung der Bundeswehr mit Drohnen zu protestieren. Jagel soll einziger oder zumindest wichtigster Standort für die Drohnen der Bundeswehr werden, die Hangars sind bereits ausgebaut.

Kriege werden mit Kampfdrohnen noch wahrscheinlicher

Eine Automatisierung der Kriegsführung mittels Kampfdrohnen und Robotern wird von der Bundeswehr wie von der NATO vorbereitet, um Kriege wieder führbar und gewinnbar zu machen. In den Vorstellungen der Militärs können durch Kampfdrohnen und andere Roboter Gegner getötet werden, ohne eigene Verluste an Menschenleben in Kauf zu nehmen. Kriege sind dann politisch leichter durchsetzbar. Drohnen der Bundeswehr sind schon jetzt in Afghanistan im Einsatz, werden zur Aufklärung und Zielerfassung verwendet. Bisher erfolgen die Raketenangriffe dann durch Drohnen der NATO-Partner, die Bundeswehr will ihre Drohnen jedoch so aufrüsten, daß diese auch Raketen abschießen. Durch die neuen Waffensysteme hat die NATO eine neue Runde des Wettrüstens begonnen. Der Frieden wird nicht durch waffentechnische Überlegenheit gesichert, sondern durch Abrüstung, hier durch die Abschaffung der Bundeswehr.

Wiedergänger Euro-HAWK

Militärische Aufklärung ist Beihilfe zum Mord, beinhaltet die Auswahl und Ortung derjenigen Opfer, deren Leben dann von Nato-Bomben und Raketen zerstört werden. Es ist also nicht passend, die für Jagel vorgesehenen Großdrohnen Euro-HAWK als Aufklärungsdrohnen zu verharmlosen, zumal sie auch noch fast eineinhalb Tonnen "Nutzlast" transportieren können.

Der Name HAWK steht nicht nur für den Raubvogel, sondern als Abkürzung für Homing All the Way Killer. Die Bundeswehr verfügt über 1000 Raketen vom Typ HARM (Homing Anti-Radiation Missile). Viele davon sind auch in Jagel stationiert. Der Begriff Homing steht für das funknavigatorische Ziel-

verfahren, automatisch nach Hause, d. h. ins Ziel finden, bei der Rakete erst entgegen der Abstrahlung des Zielobjekts, bei der Drohne All the Way also vollautomatisch vom Anfang bis zum bitteren Ende.

Etwa 600 Mio. Euro an Steuermittel sind bereits in das Projekt gesteckt worden. Die Euro-HAWK wurde dann wegen eines fehlenden Kollisionsschutzes mit anderen Flugzeugen für den Luftraum nicht zugelassen. Eine Drohne wird nicht von einem Piloten an Bord gesteuert, folglich kann die Drohne auch nicht erkennen, ob ein ziviles Flugzeug - etwa mit Passagieren an Bord - auf Kollisionskurs fliegt, es zum

mehrere hundert Millionen Euro Investitionsbedarf, unter anderem für ein funktionsfähiges Antikollisionssystem" ... in einer schriftlichen Stellungnahme der Bundeswehr heißt es: „Eine Musterzulassung des Euro-HAWK wäre weiterhin nur mit unverhältnismäßigem Aufwand zu erreichen.“ Und deshalb werde sie auch gar nicht mehr angestrebt. Eine Ausnahmegenehmigung muß reichen, damit im Euro-HAWK die ... Abhörtechnik namens ISIS abschließend getestet werden kann.O-Ton von der Leyen: „Wenn wir dann in den Normalbetrieb gehen, werden wir ein anderes Flugzeug nehmen. Eine andere Drohne, die heißt Triton. Die ist aus den USA.“. Somit ist klar, daß Frau von der Leyen als Ersatz für den Euro-HAWK von der gleichen Firma, Northrop Grumman die



Zusammenstoß und dadurch womöglich zum Flugzeugsabsturz kommt. Die Militärverantwortlichen hatten den Kollisionsschutz eingespart, Schutz von zivilen Menschenleben ist eben nicht in der Denkweise des Militärs enthalten. Eine Zulassung ohne vollautomatischen Kollisionsschutz, der die Drohne selbständig ein Ausweichmanöver fliegen läßt, darf aber nicht erteilt werden. Die Anschaffung wurde deshalb zunächst gestoppt. Daraufhin haben wir in der Broschüre „**Geheime Kriege - Aufrüstung der Bundeswehr mit Cyberkrieg, Drohnen und Elektronischer Kampfführung**“ noch als böse Unterstellung formuliert: „Nachgedacht wird über eine Alternativdrohne, den Euro-HAWK so zu verbessern, daß er doch noch zugelassen werden kann, oder die Zulassungskriterien so weit zu senken, bis daß der Euro-HAWK denen entspricht.“

Jetzt sieht es so aus, als würde sich die Kriegsministerin von der Leyen letztlich für die gefährlichste und widerwärtigste Alternative entscheiden wollen. Durch NDR-Info, „Streitkräfte und Strategien“ konnten die Hörer am 5.9.2015 erfahren: „Für die Zulassung der Drohne für den deutschen Luftraum schätzten Experten noch einmal

MQ-4C „Triton“ anschaffen will. Die hat genauso wenig einen Kollisionsschutz wie die alte „Euro-HAWK“. Die Verbesserung der Euro-HAWK oder der Triton mit einem wirksamen Kollisionsschutz würde nochmals mehrere hundert Millionen Euro kosten, nachdem bereits 600 Millionen Euro verschwendet wurden. Das gilt laut Bundeswehr als ein „unverhältnismäßiger Aufwand“. Im Moment verzichtet die Bundeswehr gänzlich auf eine Zulassung, es reicht ihr eine sogenannte „Ausnahmegenehmigung“. Dafür werden die Kriterien so weit gesenkt, daß es reicht, wenn der zivile Luftraum einfach weiträumig zum Sperrgebiet erklärt wird: Der zivile Flugverkehr muß weichen, denn die Drohnen haben Vorfahrt. Und dafür ist Jagel der ideale Standort: Die Gegend um Jagel ist strukturschwach und relativ dünn besiedelt. Zivile Großflughäfen wie Billund oder Fuhlsbüttel sind je über 100 km entfernt. Regionale Flughäfen gibt es in Kiel, Flensburg und Sønderborg, die sind wohl zu unbedeutend und deren Flugzeuge werden zu Umwegen genötigt. Bisher ist von dort kein Widerstand gegen die Drohnenpläne in Jagel erfolgt.

Ralf Cüppers

Flüchtlinge: Schiffe versenken statt Häuser abbrennen?

Bei einem Brandanschlag in der Nacht vom 15. / 16. Oktober 2015 auf ein Haus in der Flensburger Travestraße, das als Flüchtlingsunterkunft vorgesehen war, brannte eine Wohnung vollständig aus. Die Polizei geht von Fremdenfeindlichkeit als Motiv aus und ermittelt mit großem Einsatz und massiver Unterstützung von LKA und Staatsapparat, hat aber bisher keinen Hinweis auf die Täter.

Ministerpräsidentin Anke Spoorendonk, Oberbürgermeister Simon Faber (beide vom SSW), Hans Werner Jezewski von den Linken und Rasmus Andresen von den Grünen hielten kurze Ansprachen, das Abbrennen von Flüchtlingsunterkünften wurde natürlich verurteilt.

Leider haben die o. g. Redner es veräußert, auch Kritik am Versenken der Flüchtlingschiffe zu üben. Dabei war

Aber während die Monitor nun so lange brauchte, um dieses bekannt zu machen, hatte noch nicht einmal ihr Parteifreund Rasmus Andresen dies aufgegriffen. Hier hätten SSW, Linke und Grüne eine gute Gelegenheit gehabt, sich von den Parteien der großen Koalition, die den Bundeswehreinsetzung EUNAVFORMED-mit beschlossen haben, abzugrenzen und darauf aufmerksam zu machen, daß das Zerstören von Flüchtlingschiffen ebenso ein Verbrechen ist wie das Zerstören von Flüchtlingsunterkünften.

Für Mordbrenner, die aus rassistischem Wahn Flüchtlingsunterkünfte in der Travestraße anzünden, können wir nur Verachtung haben. Immerhin würden die zur strafrechtlichen Verantwortung gezogen. Aber für die rassistischen Schiffeversenker der Bundeswehr, die die Flüchtlinge bereits im Mittelmeer draußen halten wollen und das im Auftrag unserer Bundesregierung tun und deshalb wahrscheinlich nicht vor Gericht stehen werden, haben wir eine Mitverantwortung, wenn wir sie gewähren lassen!

Ralf Cüppers



Als Reaktion auf den hinterhältigen Anschlag demonstrierten am Freitag, den 16.10. 2015 Hunderte Flensburger gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit. Und das gleich zweimal.

Um 17.00 Uhr trafen sich auf dem Südermarkt die Aktiven aus dem antifaschistischen, anarchistischen, antimilitaristischen, sozialistischen und kommunistischen Spektrum. Dort wurde nicht nur die Solidarität mit den Flüchtlingen, sondern auch die Kritik an der herrschenden Politik zum Ausdruck gebracht: „Nazis morden und der Staat schiebt ab, das ist das gleiche Rassenpack“ war wohl die am häufigsten gerufene Parole während der Demonstration durch die Fußgängerzone.

Dann, um 19.00 Uhr vor dem Bahnhof, waren auch die Vertreter der etablierten Parteien dabei. Die stellvertretende

am Tag zuvor in der Sendung Monitor auch einem breiten Publikum bekannt gemacht worden, daß der Bundeswehreinsetzung EUNAVFORMED, jetzt umbenannt in „Sophia“, eben das Abdrängen, Zurückweisen und Versenken von Flüchtlingschiffen zum Ziel hat. Seit die Bundeswehr im Mittelmeer ist, ist die Anzahl der geretteten Flüchtlinge von zuvor über 5000 auf ein Viertel, etwa 1300 zurückgegangen. Da nicht anzunehmen ist, daß jetzt weniger Menschen fliehen, stellt sich die Frage, was aus den Nichtgeretteten geworden ist. Immerhin war es nach den Wikileaks-Veröffentlichungen die Grüne Europaabgeordnete Barbara Lochbihler, die bereits vor vier Monaten mit einer empörten Presseerklärung auf das Schiffeversenken durch die Bundeswehr aufmerksam machte.





- unsere zeit -
Wochenzeitung der DKP



Jetzt 4 Wochen kostenlos probelesen!

Einfach E-Mail mit Name und Adresse an:
info@unsere-zeit.de · Tel.: 0201 - 17 78 89 23 · www.dkp.de

DKP lädt ein:

Mitgliederversammlung

- * Donnerstag, 12. Nov., 18 Uhr
 - * Donnerstag, 10. Dez., 18 Uhr
 - * Donnerstag, 08. Jan., 18 Uhr
- im TABLEAU Kulturcafé
Kurze Straße 1, Flensburg

BLICKPUNKT

DKP

Infopost der Deutschen Kommunistischen Partei Flensburg

Herausgeber: DKP Flensburg
Postfach 1401, 24904 Flensburg
dkp.flensburg@versanet.de

Erscheinungsweise: vierteljährlich
Redaktion: Ludwig Hecker (ViSdP)
Druck: Eigendruck

BLICKPUNKT liegt regelmäßig aus:
beim AstA der UNIVERSITÄT
OSSIEZKY-BUCHHANDLUNG
VOLKSBAD I HAFERMARKT
KONTRASTE I KAFFEEHAUS
VIVA I GRISOU I CAFÉ CENTRAL
PORTICUS I FEUERSTEIN
TABLEAU-KULTURCAFÉ